

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5597

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5597



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Islamisierung der SP

Die Kopftuch-SP

*von Hermann Lei, Kantonsrat, Präsident Schweizerzeit-Verwaltungsrat,
Frauenfeld TG*

Vera Çelik ist nicht einfach die erste bekopftuchte Zürcher Gemeinderätin. Sie steht für eine politische Verschiebung in der SP: weg vom laizistischen Reflex, hin zur Anpassung an identitäre und islampolitische Forderungen.

Noch 2010 schrieb die SP in einem Positionspapier zum Islam, die Pflicht der Frau, ein Kopftuch zu tragen, sei «frauenfeindlich» und entspreche nicht ihren Wertvorstellungen; bei öffentlichen Aufgaben, insbesondere bei Lehrerinnen, sagte die SP Nein zu solch auffälligen religiösen Symbolen.

Am Parteitag vom 28. Februar 2026 beschloss dieselbe Partei dann eine Resolution. Darin verurteilt sie pauschale Kopftuchverbote an staatlichen Bildungsstätten und erklärt Verbote für Schülerinnen und Lehrpersonen für unverhältnismässig und verfassungswidrig. Das ist eine Kehrtwende.



Abbildung 1 Am Parteitag der SP 28.2.26 (Quelle: Blick).

Çelik liefert die Linie

Die frischgewählte Zürcher Gemeinderätin Vera Çelik war bei diesem Kurswechsel Treiberin. Bereits am 31. Oktober 2025 reichte sie in Zürich die Einzelinitiative «Faire Chancen für Lehrpersonen: Kein Nachteil wegen Kopftuch» ein.

In der Partei wirbt sie seit Monaten dafür, das Kopftuch als Ausdruck von Selbstbestimmung umzudeuten. Auch ihre Selbstdarstellung passt dazu: modern, provokativ, medienwirksam. Die Botschaft lautet: Das Kopftuch soll nicht mehr als Problem erscheinen, sondern als Fortschritt.

Applaus aus Ankara

Doch genau dort beginnt das Problem. Çeliks Wahl wurde von türkischen Staatsmedien gefeiert. Im Wahlkampf suchte sie den Kontakt zur regierungsnahen Türkischen Gemeinschaft Schweiz, die sie zur Wahl empfahl.

Öffentlich bestritten hat sie einzig angebliche Gratulationsanrufe der türkischen Botschafterin und des Generalkonsuls. Belegt sind aber Sympathie, Unterstützung und Applaus aus Erdogan-nahen Kreisen.



Abbildung 2 Die Wahl von Çelik wurde auch vom türkischen Staatssender TRT vermeldet (Quelle: Blick).

Arbeit im Erdogan-Büro

Zusätzliche Fragen wirft ihr familiäres Umfeld auf. Ihr Vater – bei dem sie arbeitet – ist Chefredaktor der türkischsprachigen Post Gazetesi in der Schweiz. Diese Zeitung rief vor der Wahl dazu auf, türkische Kandidatinnen und Kandidaten zu unterstützen. In

seinen Kolumnen vertritt der Vater Positionen, die stark nach konservativ-islamischer Familienpolitik klingen.

Natürlich ist die Tochter nicht für jeden Satz des Vaters verantwortlich. Aber auffällig ist, dass sie sich von diesem Milieu nicht sichtbar abgrenzt.

Patriarchalische Unterordnung legitimiert

Damit wird Çelik mehr als eine lokale Zürcher Figur. Sie wird zum Symbol einer SP, die ihre frühere Skepsis gegenüber dem Kopftuch über Bord geworfen hat.

Früher galt das Kopftuch in linken Kreisen als Zeichen patriarchaler Unterordnung. Heute wird es als Identitätsmerkmal geschützt und politisch aufgewertet. Die SP verkauft das als Antidiskriminierung. In Wahrheit ist es eine Kapitulation vor einer Ideologie, die mit Gleichberechtigung wenig zu tun hat.

Die SP hat eine neue Gemeinderätin. Sie steht für eine SP, die vor dem politischen Islam einknickt.

Hermann Lei